

Offener Brief an den Vorstand und die Mitglieder des Thüringer Pfarrvereins

Der Vorstand des Pfarrvereins hat sich mit einem offenen Brief an die Synodalen der X. Landessynode der ELKTh gewandt.

Synodale, die Mitglied im Thüringer Pfarrverein sind, nutzen das gleiche Medium des offenen Briefes, um dem Vorstand und den Mitgliedern des Thüringer Pfarrvereins ihre Sicht der angesprochenen Fragen mitzuteilen.

Der offene Brief des Vorstandes vom 26.02.07 beklagt, dass die Stellungnahme des Pfarrvereins zum Vereinigungsprozess vom 10.11.06 von der Synode nicht beantwortet wurde. Wer jedoch die offene Diskussion der Synode verfolgt hat, kann nicht umhin festzustellen, dass die Synode sehr wohl neben vielen anderen Stellungnahmen, auch die des Vorstandes des Thüringer Pfarrvereins zur Kenntnis genommen und die darin enthaltenen Argumente hinreichend diskutiert, geprüft und abgewogen hat. Es gehört zur Verantwortung der einzelnen Synodalen, diese Überlegungen in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

Die Herbstsynode hat sich bekanntlich nach Prüfung aller Argumente mit deutlicher Mehrheit dafür ausgesprochen, den Weg der Vereinigung mit der EKKPS weiter zu gehen.

Mit der nötigen 2/3 Mehrheit hat schließlich die Frühjahrssynode 2007 dem Vereinigungsvertrag zugestimmt und mit 94 % Zustimmung ein Papier verabschiedet, das die gewollten Ziele der Vereinigung der ELKTh mit der EKKPS beschreibt.

Dabei sind auch all die kritischen Argumente, die sich mit wirtschaftlichen Befürchtungen oder statistischen Vorgaben der EKD auseinandersetzen, wie sie sich auch der offene Brief des Vorstandes des Pfarrvereins zueigen macht, von den Synodalen diskutiert und abgewogen worden.

Dieses Synodenpapier beschreibt darin das Gesicht einer Kirche, die sich ihrem Auftrag verpflichtet weiß, in einer sich rapide verändernden Gesellschaft, allen Menschen das Evangelium von Jesus Christus in Wort und Tat zu verkündigen.

Die Unterzeichner verweisen an dieser Stelle ausdrücklich auf das Zielepapier unserer Landessynode „Was wollen wir mit der Vereinigung erreichen...“ und bitten die Mitglieder des Thüringer Pfarrvereins, in diesem Kontext die mittlerweile ins Land gehenden geistlich – theologisch, aber auch rechtlich fundierten Texte der Verfassungsentwürfe unvoreingenommen zu diskutieren.

Darüber hinaus wundern wir uns über die Aussage des offenen Briefes, „dass es weder in den Kirchenleitungen noch in den Synoden Einigkeit über einen gemeinsamen Weg zu geben scheint.“ Welches Bild von Synode oder Kirchenleitung vermittelt diese Aussage? Heißt Einigkeit für den Vorstand des Pfarrvereins ausschließlich Einstimmigkeit?

Wir verweisen an dieser Stelle auf die Stimmergebnisse, die nach ausführlicher Diskussion sowohl in der Kirchenleitung als auch in der Synode zustande gekommen sind und betrachten die Mandate, die aus diesen Abstimmungen hervorgegangen sind als verpflichtend.

Die Verhandlungsgruppen in der bekannte Zusammensetzung (Kirchenältester, Superintendent / Pfarrer, Präses der Synode, Propst / Visitator, Landesbischof) sorgten für eine erkennbare Querschnittsrepräsentanz beider Kirchen.

Die von beiden Seiten akzeptierte Außenmoderation erwies sich als außerordentlich sachdienlich. Sie hat zielführende Konsensentscheidungen zustande gebracht und damit zugleich ein synodales Mandat umgesetzt.

Die bisher erreichten Einspareffekte, deren Notwendigkeit seriöser Weise bis dato nicht bestritten wurde, liegen im Bereich ladenskirchlicher Einrichtungen und Werke derzeit bei etwa 30 %, wobei für die Zukunft schon allein damit viel gewonnen wäre, wenn über die für 2008 und 2012 festgelegten Strukturanpassungen hinaus den Gemeinden keine weiteren Einschränkungen zugemutet werden müssen. Gerade im Interesse unserer Basis ist von daher dieser Weg fortzusetzen.

Die Stellungnahmen zur Gestaltung der Mittleren Ebene aus den Kreissynoden, GKR, Werken und Verbänden haben zur Beauftragung einer Arbeitsgemeinschaft geführt, die derzeit an einem beiden Gliedkirchen dienlichen Finanzierungssystem arbeitet, das im Herbst den Synoden zur Prüfung vorgelegt wird.

Bei allen Entscheidungen muss im Blick bleiben, dass sich das Zeitfenster für eine beiden Kirchen dienliche Vereinigung, die sie gemeinsam in der Funktionsfähigkeit einer Landeskirche erhält, gegen Ende dieses Jahres schließen wird.

Von daher haben die Synodalen eine hohe Verantwortung, aber auch alle Freiheit recht zu entscheiden. Für uns bedeutet das: unsere Gemeinden vor weiteren tiefen Einschnitten zu bewahren.

Der Vorschlag, im Rahmen von EKD und VELKD auf Suche nach Kooperationspartnern zu gehen muss sich daran messen lassen, inwieweit unsere ELKTh als gleichberechtigter Partner agieren und dabei ihre Identität wahren kann.

Der vorgelegte Verfassungsentwurf hält zudem den Weg zur EKM auch für weitere Kirchen offen.

Klaus Bergmann
Hans Mikosch
Reinhard Werneburg